

Presse-Information

**Deutscher Apothekertag
München, 7. bis 9. Oktober 2010**

Eröffnungsveranstaltung 7. Oktober 2010

Grußwort

Dr. Martina Bunge MdB

**Bundestagsfraktion Die Linke
Gesundheitspolitische Sprecherin
Bundestagsausschuss für Gesundheit**

Frei zur Veröffentlichung ab Beginn der Veranstaltung.
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit Ihnen Grüße seitens der Fraktion DIE LINKE zu übermitteln, die - wie Sie seit Jahren wissen – sich vehement für ein flächendeckendes Netz inhabergeführter Apotheken engagiert – in Ihrem Interesse und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Ich weiß, ich stehe hier nicht auf dem Podium im Bundestag, sondern spreche vor allem vor Apothekerinnen und Apothekern. Dennoch möchte ich - muss ich - etwas zur derzeitigen Gesundheitspolitik der Bundesregierung sagen. Ich gehe davon aus, dass Sie alle auch Apothekerinnen und Apotheker geworden sind, weil es ihnen um die Gesundheit der Menschen geht. Daher betrifft diese Politik Sie in doppelter Weise. Zum einen in Ihrem Interesse an der Gesundheit der Menschen, zum anderen als Akteure im Gesundheitssystem.

Vor einem Jahr hat die Regierung gewechselt und mit ihr hat ein Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen endgültig Einzug gehalten – (die ersten Schritte dazu haben bereits Rot-Grün und Schwarz-Rot gemacht). Weg von der solidarischen Sozialversicherung, mit der Solidarität der Reichen für die Armen und der Gesunden für die Kranken, hin zur sogenannten Eigenverantwortung – jeder für sich. Weg von der Idee der Daseinsvorsorge hin zur Idee des freien Marktes mit Profitmaximierung und Kapitallogik. Daseinsvorsorge wird reduziert –wenn man Glück hat – zum Verbraucherschutz. Gesundheit wird zur Ware, gesetzliche Krankenversicherungen werden zu Wirtschaftsunternehmen, für die das Kartellrecht gilt etc.

Einwände der Bundesregierung die Solidarität der Reichen mit den Armen würde nur ins Steuersystem verlagert, sind schlicht falsch. Zum einen werden künftig Gesundheitsausgaben bis mindestens vier Prozent des Einkommens gar nicht solidarisch ausgeglichen (also die Zuzahlungen, die bis zwei Prozent betragen können und die Zusatzbeiträge; von OTC Präparaten und IGEL-Leistungen ganz zu schweigen), zum anderen plant diese Regierung über Boni, Wahltarife, Kostenerstattungen, Festbeträge und erleichterten Wechsel zu Privatversicherung etc. den Besserverdienenden und Gesunden weitere Ausstiegsmöglichkeiten aus der Solidarität zu schaffen.

Ebenso falsch oder ungeprüft sind die Gründe, die für eine solche Politik vorgeschoben werden:

- Kostenexplosion im Gesundheitswesen – gibt es nachweislich bisher nicht. Was es gibt ist die Umverteilung der Einkommen – weg von Lohneinkommen hin zu Zins- und Kapitaleinkommen, Ursachen sind vor allem die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnssektors, dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, also eine Erosion der traditionellen Einnahmehasis.
- die Menschen würden älter und daher würden mehr Kosten entstehen. Das stimmt nur dann, wenn man es nicht schafft einen wirklichen Paradigmenwechsel im Gesundheitssystem – weg von der Behandlung hin zur Gesundheitsförderung und Prävention – hinzubekommen. Hier findet sich außer ein paar Bestrafungsideen von adipösen oder rauchenden Versicherten nichts bei Schwarz-Gelb. Und wenn man bedenkt, dass sich bei sozial Benachteiligten mehr gesundheitsriskantes Verhalten findet, handelt es sich schlicht wieder um eine Auflösung der Solidarität der Besserverdienenden mit den sozial Benachteiligten.
- der medizinische Fortschritt ist teuer – (sagen die Pharmaindustrie und die Gerätehersteller).

Auch hier gilt – mehr Gesundheitsförderung verringert die Kosten und, wer sagt denn, dass Neuerungen immer teurer sein müssen. Die Erfindung minimal invasiver Verfahren spart bereits jetzt Geld und schont die Patienten, ebenso sollten Medikamente oder Verfahren auch unter der Prämisse der Kostenreduktion erforscht werden. Dafür fehlt es an Anreizen. Bei „Mondpreisen“ lässt sich derzeit mehr Profit machen.

- Eine weitere Behauptung: wenn die Arbeitgeber paritätisch an den Gesundheitskosten beteiligt würden, dann würden dadurch Arbeitsplätze gefährdet. Durch den Kaufkraftverlust der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner werden aber ebenso Arbeitsplätze gefährdet, denn der Konsum verringert sich. Das werden auch Sie im Bereich Kosmetik etc. zu spüren bekommen.. Das Setzen auf den Export und das Vernachlässigen der Binnenwirtschaft, blutet mehr und mehr die Bevölkerung im Lande aus. Und eine machtvolle Gruppe (die Arbeitgeber) übt keinen Druck mehr gegen eine wirkliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen aus.

Die Argumente für die „Vermarktung“ des Gesundheitssystems, wie für die Verlagerung der Kosten allein auf die Versicherten sind zusammengesucht. Sie sind nicht der Grund für die Reform, sondern sie sind ihre schwache Rechtfertigung.

Die Logik, die diesem Paradigmenwechsel wirklich zugrunde liegt ist so simpel wie unmenschlich: Menschen, die schlecht gebildet sind, seien selbst Schuld an ihrer

mangelnden Bildung, Menschen, die arm sind, seien selbst Schuld an ihrer Armut, Menschen, die arbeitslos sind, seien selbst schuld an ihrer Arbeitslosigkeit, Menschen, die krank sind, sind selbst Schuld an ihrer Krankheit. Da es sich um individuelle Fehlleistungen handele, sei eine Daseinsvorsorge des Staates nicht notwendig. Und damit ist dieser Bereich auch freigegeben – ohne schlechtes Gewissen – für Geschäfts- und Profitinteressen der Akteure.

Es geht um nicht weniger als die Zerschlagung eines guten gesetzlichen Gesundheitssystems zugunsten der privaten Krankenversicherer und der sonstigen Privatwirtschaft. Die Angst um eine gute Versorgung soll letztlich die Kaufanreize vor allem der Besserverdienenden anregen.

Das Entscheidende aber ist – letztlich werden alle Menschen bei dieser Gesundheitspolitik verlieren: Die Geringerverdienenden, weil sie auf Dauer keine hochwertige Versorgung erhalten werden, die Besserverdienenden, weil sie immer mehr Geld für Gesundheitsleistungen ausgeben werden, aus Angst vor schlechter Versorgung und letztlich alle, weil Solidarität ein Gut ist, das eine Gesellschaft erst menschengerecht, freundlich, lebenswert macht.

Waren Sie schon mal in San Diego? Es ist eine der reichsten Städte der USA nahe der mexikanischen Grenze. Fahren sie Richtung Mexiko finden sie Vororte, die man auch als Slums bezeichnen kann – fahren Sie in die andere Richtung finden Sie Gated Communities – mit hohen Mauern und Stacheldraht umgebene Wohnviertel der Reicheren. In einer Gesellschaft des Jeder gegen Jeden, der mangelnden Solidarität regiert die Angst. Die Angst der Besitzenden um ihren Besitz und die Angst der Nichtbesitzenden um ihr Überleben. Ich frage Sie alle – wollen wir eine solche Gesellschaft?

Meine Fraktion und ich, wir wollen so eine Gesellschaft nicht. So eine Gesellschaft ist auch nicht gesund, denn Gesundheit ist nicht weniger als ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens, wie die Who feststellte. Daher orientieren wir auch unsere Gesundheitspolitik nicht an den Gewinninteressen bestimmter Akteure, sondern danach, wie wir Menschen gesund erhalten und gesünder machen können. Und da setzten wir uns auch für die inhabergeführten Apotheken und gegen den Versandhandel ein, obwohl die Apothekerinnen und Apotheker nachweislich nicht gerade unsere Wählerinnen und Wähler sind. Weil wir davon überzeugt sind, dass Apotheken eine größere Rolle in der Gesundheitsversorgung spielen sollten, als nur Abgabestellen für Arzneien und Spielball zwischen Regierungs-, Pharma- und Kasseninteressen zu sein.

Darauf ist doch die Politik bezüglich der Apotheken derzeit reduziert, wie so ein Anhängsel. Wir haben gefordert den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneien zu verbieten. Die Koalition wollte nur die Pickup-Stellen untersagen und scheint ja nun vom Verfassungsgerichtsurteil für weitere Aktivitäten gehemmt zu sein. Das Ganze war letztlich halbherzig, mehr Konsequenz wäre besser gewesen. Der EUGH hat es den Ländern überlassen, den Versandhandel frei zu gestalten also auch konsequent für rezeptpflichtige Arzneimittel zu untersagen. Eigentlich müsste die Regierung sich davon leiten zu lassen, wie man die Bevölkerung möglichst gut versorgt. Doch darum geht es nicht, wenn ganze Gesetzespassagen von der Pharmaindustrie geschrieben werden und wenn für eine bestimmte Klientel Politik gemacht wird. Um die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung sollte es aber uns allen gehen. Dafür möchte ich bei Ihnen werben. Vielen Dank.